

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abzugspreis: Durch unsere Seiten  
bei uns monatlich 370 Mark.  
Abstellungen nehmen die Anzeiger  
und für Anzeigen die Anzeiger  
einlegen. — Erhalten werthig.  
Gesamtpreis: Anschlag Nr. 45.  
Telegraphische Anzeiger.  
Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Abzugspreis für die Anzeiger  
bei uns monatlich 370 Mark.  
Abstellungen nehmen die Anzeiger  
und für Anzeigen die Anzeiger  
einlegen. — Erhalten werthig.  
Gesamtpreis: Anschlag Nr. 45.  
Telegraphische Anzeiger.  
Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Nr. 265

Dienstag, den 14. November 1922

17. Jahrgang

### Regierungsumbildung und Wirtschaftsprogramm.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Der Reichstag hat am Montag nur eine Viertelstunde lang getagt. In dieser kurzen Zeit sind die paar auf der Tagesordnung stehenden kleinen Angelegenheiten erledigt worden, und man hat sich dann am Schluss nur noch darüber gestritten, ob der Reichskanzler Dr. Wirth heute, Dienstag, eine Erklärung namens der Reichsregierung über die wichtigen Verhandlungen der letzten Wochen abgeben solle, oder ob man ihm dazu noch einige Tage Frist geben müsse. Da der Kanzler persönlich vorher den Reichstagspräsidenten hatte wissen lassen, daß er lieber einige Tage später sprechen werde, und da anscheinend auch wieder sehr fraglich geworden ist, ob der Reichstag am Donnerstag schon wegen der Wahltagitation in Oberösterreich eine Pause machen wird, so entschied sich der Reichstag gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei für die Verschlebung der Kanzlererklärung. Über alle Parteien haben selbstverständlich den dringenden Wunsch, daß Dr. Wirth möglichst bald das Wort nimmt, um authentische Aufklärung über den Verlauf der Verhandlungen mit der Reparationskommission in Berlin zu geben und darüber hinaus die gesamte politische Lage zu klären. Daß der Reichskanzler damit zögert, hat seinen Grund in der völligen Unklarheit der augenblicklichen parlamentarischen Verhältnisse.

Die Vorgänge der letzten Tage nach Abreise der Reparationskommission sind bekannt. Der Reichskanzler hatte am Freitag voriger Woche die Fraktionsführer zu sich gebeten, um ihnen mitzuteilen, daß nunmehr ernstlich und dringlich an die Aufstellung und Durchführung eines zentralen Finanz- und Wirtschaftsprogramms und in Verbindung damit an eine Neubildung der Reichsregierung herangetreten werden solle. Mit besonderem Nachdruck hatte er dabei betont, daß er selbst diesmal die Initiative zu ergreifen gedente und die Parteien erst später von seinen Entscheidungen im Kenntnis setzen wolle mit der Aufforderung, sie dann anzunehmen oder abzulehnen. Die Folgerung im Ablehnungsfall werde er für seine Person dann alsbald ziehen. Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß diese entschiedene und entschlossene Haltung des Reichskanzlers besonders von den Demokraten begrüßt wurde, die von jeher diesen einzig richtigen parlamentarischen Weg der Regierungsbildung empfohlen und die bisherigen Gespinnneten der entscheidenden Mitwirkung der Parteien bei der Aufstellung jedes Regierungsprogramms und bei der Auswahl der Minister offen als unparlamentarisch bekämpft hatten.

Über als am Sonnabend der Reichskanzler die Parteiführer der einzelnen Fraktionen getrennt voneinander empfing, um sich über die gleichen Fragen möglichst vertraulich auszusprechen, hatte man leider den Eindruck, daß er weniger verantwortungsfreudig wie am Tage vorher sei und doch schon wieder Neigungen zeige, den Wünschen einzelner Parteien von vornherein entgegen zu kommen. Jedenfalls forderte er sie einzeln auf, ihm Vorschläge für neue Männer in sein neues Kabinett zu machen. Die Demokraten haben das ihrerseits unter erneutem Hinweis auf das unparlamentarische solchen Vorgehens abgelehnt. Dagegen ist nachträglich bekannt geworden, daß die Sozialdemokratie die Hernhaltung der Deutschen Volkspartei aus der Koalition kategorisch verlangt habe; daraufhin hat dann diese den Reichskanzler wissen lassen, daß sie als Fraktion an der Neu- oder Umbildung seines Kabinetts kein Interesse mehr habe. So ist der Reichskanzler schnell durch harte Tatsachen belehrt worden, daß sein vorheriges Befragen der Parteien auch diesmal wieder nur Schwierigkeiten geschaffen hat.

Inzwischen haben am Sonntag die fünf Parteien der D.D.P., D.D.P., D.B.P., des Zentrums und der B.P. ihre wirtschaftlichen Sachverständigen gemeinsam mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsarbeitsminister zusammengestellt, um zu versuchen, unter sich und unabhängig von allen Plänen und Verhandlungen über eine Kabinettsbildung, zu einer Verständigung über die nächstliegende, dringlich erforderliche Wiederaufbauarbeit zu gelangen. Hier ist man zu allgemeiner Ueberraschung verhältnismäßig schnell und leicht zu einer Einigung gelangt. Sie erstreckt sich auf währungs- und finanzpolitische Maßnahmen, auf finanzpolitische Maßnahmen und auf wirtschafts- und produktionspolitische Maßnahmen. In allen drei Bezügen hat sich so weitgehende Uebereinstimmung ergeben, daß man an eine feste Formulierung von Vorschlägen herangehen konnte, die dann gestern, Montag, den fünf Fraktionen einzeln zur Begutachtung und endgültigen Zustimmung unterbreitet werden konnten. Die Demokratische Reichstagsfraktion, deren am vorigen Freitag aufgestellten

Vorschlägen vielfach mitbestimmend für die neuen gemeinsamen Vorschläge waren, hat sich bereits mit diesen einverstanden erklärt. Man darf annehmen, daß auch die anderen vier Fraktionen keine wesentlichen Änderungen mehr vornehmen. Dann hätte man also den erfreulichen Zustand, daß eine große Mehrheit im Deutschen Reichstag über die zu ergreifenden Maßnahmen des Wiederaufbaues ganz einig ist. Es fehlte dann nur noch eine verantwortungsfreudige Reichsregierung, die dieses Programm der Mehrheit energisch in Taten umsetzte. Begreiflich, daß man in allen Parteien mit Ungeduld auf die Entscheidung Dr. Wirths wartet.

Das ist in großen Zügen die Schilderung der politischen Lage am gestrigen Montagabend. Alles was darüber hinaus an Einzelheiten über Vorschläge der Parteien oder über Versuche zur Gewinnung von Einzelpersonen in das neue Kabinett berichtet wird, ist frei erfunden. Daß man sich im Zentrum für den Notfall bereits mit den Gedanken der Reichstagsauflösung und Neuwahl vertraut macht, ist ins Reich der Fabel zu verweisen. Was dagegen von einem Konflikt zwischen den beiden Zentrumsministern Dr. Wirth und Dr. Hermes erzählt wird, scheint richtig zu sein, hat aber offenbar rein persönlichen Charakter und hängt nicht unmittelbar mit den sachlichen Schwierigkeiten zusammen, die jetzt der Reichskanzler zu überwinden hat.

### Die Weiterarbeit der Reparationskommission.

Die ersten authentischen Berichte über Neuherkommen der nach Paris zurückgekehrten Reparationskommission zeigen, daß auch auf die Beurteilung des vorläufigen Abchlusses zwischen der Kommission und der Reichsregierung die Stimmungsmache der Pariser Presse einen nachteiligen Einfluß ausgeübt hat. Es wird aus den Neuherungen der führenden Mitglieder der Reparationskommission deutlich, daß man mit dem in Berlin Erreichten keineswegs ganz so unzufrieden ist, wie es die Pariser Presse wahr haben wollte. Man hat sich jedenfalls auch in französischen Kreisen davon überzeugt, daß die Politik der Verhandlungen einer Politik des Zwanges vorzuziehen ist, und wenn auch weder in Paris noch unter der allgemeinen politischen Unklarheit in London die Stimmung für Deutschland besonders günstig ist, so gewinnt man doch den Eindruck, daß durch die französische Pressepropaganda das Bestreben, Deutschland weiterhin moralisch zu zermürben, über die tatsächlichen Auffassungen maßgebender Kreise hinausgetrieben worden ist. Was die sachliche Weiterarbeit der Reparationskommission an den Fragen der Marktstabilisierung und des Moratoriums angeht, so hat ja das Abschiedsschreiben der Kommission an die Reichsregierung betont, daß diese Arbeiten auf der Grundlage der aus Berlin mitgenommenen und eventueller weiterer Vorschläge geschehen sei. Die Kommission hat also bereits bei ihrer Abreise damit gerechnet, daß ihr weiteres Material zur Verfügung gestellt werde, und wie wir hören, wird das voraussichtlich bereits heute der Fall sein. Nach unseren Informationen ist eine neue Denkschrift in Vorbereitung, die heute der Reparationskommission überreicht werden dürfte und die eingehendere Vorschläge zu der Frage der Marktstabilisierung enthalten soll. Es dürfte sich dabei wahrscheinlich um Einzelheiten über die Beteiligung der Reichsbank an der Stabilisationsaktion handeln, die die Reichsregierung einleiten will.

### Die deutsche Volkspartei und die Stinnes-Rede.

Die Rede des Abg. Stinnes im Ausschuß des Reichswirtschaftsrates wird in maßgebenden Kreisen der Deutschen Volkspartei lediglich als Meinungsäußerung eines kenntnisreichen Mannes bewertet, die sich aber mit der Meinung der Mehrheit der Fraktion nicht deckt. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, da sich Stinnes vorher mit der Fraktion nicht hat einverstanden setzen können. Es handelt sich um eine Diskussionsrede; das geht aus dem veröffentlichten Stenogramm klar hervor. Bei einer solchen Diskussionsrede ist dem Redner manche Impulsivität zugute zu halten, vor allem aber, daß er der Meinung gewesen ist, sie in vertraulichem Kreise zu halten, und nicht ahnen konnte, daß „Waschweiber“ im Ausschuß des Reichswirtschaftsrates zu finden sind, in deren Begleit das Wort „vertraulich“ nicht steht. Ein Punkt der Rede von Stinnes darf aber nicht unwiderrprochen bleiben, da sie nun einmal der öffentlichen Kritik übergeben ist. Das ist die Bezahlung der Ueberarbeit. Wir können feststellen, daß die Deutsche Volkspartei in ihrer weit überwiegenden Mehrheit auf dem Standpunkt steht,

daß wir an dem 8-Stundentag als Prinzip unbedingt festhalten müssen, wenn auch wegen der augenblicklichen Notlage des Volkes eine Mehrarbeit erforderlich ist. Die Deutsche Volkspartei verlangt lediglich ein einfacheres Verfahren für die behördliche Genehmigung der Ueberarbeit in der Form, daß der Arbeiter, der länger als 8 Stunden arbeiten will, in dieser Entscheidung nicht durch die Behörden gehindert werden darf, wenn ihm sein Betrieb die Arbeit geben kann und will. Für diese Ueberarbeit muß aber auch eine Ueberbezahlung gewährt werden, also eine Bezahlung, die die übliche Stunden-Entlohnung übersteigt. Den Ausführungen von Stinnes, der für Ueberarbeit nur dieselbe Bezahlung gewähren will wie für jede andere Arbeit, stimmt somit die Deutsche Volkspartei nicht zu.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. November.

Das Haus ist schwach besetzt. Ein Antrag des Reichsministers des Innern auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung mehrerer kommunistischer Abgeordneter wegen Verhinderung von Abgeordneten an der Ausübung des Mandats wird dem Geschäftsbordungs-ausschuß überwiesen. Es handelt sich um die Vorgänge anlässlich der Ermordung Rathenaus, als im Reichstags-Sitzungssaal vor Beginn der Sitzung sich einige Anschläge ereigneten. Nach Ablehnung verschiedener Urträge auf Strafverfolgung wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Basille (Dtschn.) erteilt.

Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation betreffend die Rechtsprechung des bayrischen Volksgerichts in München im Landesverratsprozess Fischenbach. Reichsjustizminister Dr. Radbruch erklärt, daß die Interpellation in der üblichen Frist beantwortet werden soll. — Das deutsch-polnische oberösterreichische Bergwerksabkommen wird einem 14gliedrigen Ausschuß überwiesen. Das Jugendberufsrecht geht an den Rechtsausschuß. — Darauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen, sodann Uenderung der Geschäftsordnung, Interpellation Marx (Zentr.) über die Not der deutschen Wissenschaft. Ein Antrag Schulz (Dtschn.) auf die Tagesordnung auch die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung zu legen, wird gegen die Stimmen der beiden Reichsparteien abgelehnt. Wie der Präsident mitteilt, wird diese Erklärung erst an einem späteren Tage erfolgen. — Schluß 4 Uhr.

### Generalfstreik in Düsseldorf?

Nachdem bereits Ende der vergangenen Woche Arbeitsunruhen in den industriellen Vororten Düsseldorf, ausgehend von den Mannesmann-Röhrenwerken Düsseldorf-Rath, zu verzeichnen waren, hatten am Sonntag auch aussehende Versammlungen der Kommunisten stattgefunden. Gestern vormittag setzten an verschiedenen Punkten der Stadt Kundgebungen ein, die ihren Ausgangspunkt vom Hindenburgwall nahmen, wo sich mehrere tausend Personen versammelten und in kleinen Abteilungen zu Tätlichkeiten übergingen. Es wurden Schaufenster eingeschlagen, auch Plünderungen kamen vor. Der Regierungspräsident griff sofort zu den härtesten Maßnahmen. Die grüne Polizei ist aber vorläufig wegen ihrer geringen Zahl machtlos, so daß der Regierungspräsident bei der Besatzungsbehörde die Zulassung von drei Hundertschaften Schupo aus der Ortsdelegation abgelehnt worden mit dem Hinweis, daß nach Ansicht der Delegation ein Umlauf zu Besatzungen nicht vorhanden sei. Inzwischen hat es den Anschein, als ob die Demonstranten nach Rheinmetall hinzögen, um dort die Stilllegung der Werke zu erzielen und den Generalfstreik auch auf die anderen industriellen Betriebe Düsseldorf mit Gewalt auszudehnen. Die Kommunisten sind in Hundertschaften die ins Kleinste organisiert, so daß Zusammenstöße zwischen der Schupo und den Kommunisten zu befürchten sind. Es ist Zuzug von auswärtigen Kommunisten festgestellt worden.

### Entente-krise in der Orientfrage.

Der Sonderberichterstatter des „Welt Warften“ meldet seinem Blatte, er glaube sagen zu können, daß die englische Regierung immer noch entschlossen sei, sich in Kaujanne nur dann vertreten zu lassen, wenn die drei interalliierten Großmächte vorher die Einigkeit wiederhergestellt haben, die nach den Zwischenfällen von Tiflis die Situation gerettet habe. Diesen Beschluß habe das Kabinett Bonar Law vorgestern gefaßt, und